



Peine, 02.10.2025

Protokoll

15. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, zentrale Verwaltung und Feuerschutz

Sitzungstermin: Montag, 01.09.2025, 17:00 Uhr
Raum, Ort: Konferenz- und Schulungszentrum Landkreis Peine, Werner-
Nordmeyer-Straße 13, 31224 Peine
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 18:07 Uhr

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Björn Busse CDU

Mitglieder

Maik Burgdorf SPD
Christoph Moritz SPD
Antje Schulz SPD
Oliver Wedekind SPD
Marion Övermöhle-Mühlbach CDU
Günter Schmidt CDU
Jan Wouter van Leeuwen FDP
Claudia Wilke Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

Grundmandat

Günther Engelhardt AfD
Karl-Heinrich Belte FW-PB
Birgit Reimers parteilos ab 17:25 Uhr

Bürgervertretung

Uwe Matuszewski-Komoll FW-PB
Jürgen Rubin AfD

Protokollführung

Lena Fornfett-Scheffler Verwaltung

Verwaltung

Bettina Conrady Verwaltung
Ulrich Heinisch Verwaltung
Harald Friehe Verwaltung

Hans-Jörg Beneke

Abwesend:

Mitglieder

Simone Pifan SPD

verhindert

Christian Falk Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

verhindert

Bürgervertretung

Sven Anders SPD

fehlt entschuldigt

Janna Giere CDU

verhindert

Verwaltung

Dirk Hornemann Verwaltung

verhindert

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2025
4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
5. Verpflichtung neuer Bürgervertreter
6. Stand der digitalen Transformation (Digitalisierung) und des Einsatzes künstlicher Intelligenz (KI) beim Landkreis Peine 2025/131
7. Mitteilung über das Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Unteren Waffenbehörde durch den Landesrechnungshof Niedersachsen 2025/114
8. Erhebungsbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes zu den Investitionsrückständen 2025/109
9. Beitritt zum Microsoft Enterprise Agreement Rahmenvertrag 2025/110
10. 1. Nachtragshaushalt 2025 2025/137
11. Jahresabschluss 2024 - Entlastung und Ergebnisverwendung 2025/136
12. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport" 2025/115
13. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Budget "Landrat und Stabsstellen" 2025/116
14. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel" 2025/117
15. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport" 2025/127
16. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Budget "Landrat und Stabsstellen" 2025/128
17. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel" 2025/129
18. Informationen der Verwaltung
19. Anfragen und Anregungen

Protokoll

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung

Vorlage:

Der Ausschussvorsitzende **KTA Busse** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:00 Uhr.

2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vorlage:

Die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit werden durch **KTA Busse** festgestellt.

Keine Anmerkungen.

Einstimmig angenommen.

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 02.06.2025

Vorlage: ungeändert beschlossen

Beschluss:

Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 1

4. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Vorlage:

Es werden keine Fragen gestellt.

5. Verpflichtung neuer Bürgervertreter

Vorlage:

EKRin Conrady begrüßt den neuen Bürgervertreter **Herrn Matuszewski-Komoll** und belehrt ihn über seine Pflichten. Anschließend überreicht **EKRin Conrady** einen Auszug aus den maßgeblichen Vorschriften des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes sowie Hinweise über den Umgang mit vertraulichen und geheimen Daten. **Herr Matuszewski-Komoll** unterzeichnet die Verpflichtung zum Bürgervertreter.

6. Stand der digitalen Transformation (Digitalisierung) und des Einsatzes künstlicher Intelligenz (KI) beim Landkreis Peine

Vorlage: 2025/131 zur Kenntnis genommen

RL Friehe (Referat für Digitalisierung und Infrastrukturprojekte) bedankt sich für die Möglichkeit, eine Präsentation zum Thema Digitalisierung und KI vorzustellen.

Er erläutert einleitend die tiefgreifende Bedeutung der digitalen Transformation. Diese betrifft alle Prozesse in der Verwaltung, bei denen digitale Technologien eingesetzt werden können.

Herr Friehe hebt hervor, dass es hierbei nicht nur um die reine Digitalisierung von analogen Prozessen gehe, sondern auch darum, Geschäftsmodelle, Arbeitsweisen, Strukturen, Unternehmenskultur, Zusammenarbeit und Kommunikation insgesamt anders zu betrachten. Da es sich hierbei um einen Wendepunkt in der Arbeitsweise der Verwaltung handelt, ist es wichtig, dass dies auf allen Ebenen in der Verwaltung umgesetzt wird.

Bezüglich des weiteren Inhalts der Präsentation wird auf die diesem Protokoll beigefügte Power-Point verwiesen.

KTA Wilke fragt nach, welcher zertifizierte deutsche Anbieter einen Server für die geplante Plattform „KI Middleware“ zur Verfügung stellt. **Herr Friehe** erwidert, dass es sich um gesicherte Server der deutschen Telekom in Leipzig handelt. **EKRin Conrady** weist ergänzend darauf hin, dass diese Server eine hohe Sicherheitszertifizierung insbesondere für Sozial- und Gesundheitsdaten besitzen und somit auch sensible Daten gespeichert werden dürfen. Alternativ käme nur noch ein eigener Server in Betracht.

Weiterhin erkundigt sich **KTA Wilke** nach der Nutzung von Microsoft auf der Plattform „KI Middleware“. **RL Friehe** verneint die Nutzung von Microsoft im Rahmen der „KI Middleware“. Er erläutert, dass die Plattform „KI Middleware“ auf dem Wissen der Verwaltung sowie auf „frei verfügbarem Wissen“ basiert.

Herr Matuszewski-Komoll erkundigt sich nach etwaigen Kosten, die durch die Digitalisierung von Dienstleistungen, wie zum Beispiel dem Jagdschein, entstehen könnten. Er fragt nach, ob diese Dienstleistungen dann dementsprechend teurer werden und dadurch ein Zuschussgeschäft für den Landkreis darstellen würden. **Herr Friehe** erläutert, dass keine Gebühren durch die Digitalisierung von Dienstleistungen anfallen werden. Im Gegenteil werden voraussichtlich sogar durch die beschleunigten und optimierten Prozesse Ressourcen und somit auch Geld gespart.

EKRin Conrady ergänzt, dass Digitalisierung grundsätzlich eine Investition ist, die der Landkreis angehen müsse, um die Verwaltung flächendeckend zukunftsfähig zu machen. Zudem muss sich die Verwaltung aufgrund des Fachkräftemangels zukünftig darauf einstellen, mit weniger Personal die gleichen Dienstleistungen zu erbringen. Dies kann unter anderem durch automatisierte Standardprozesse unterstützt werden. Es werden derzeit keine Arbeitsplätze abgebaut, sondern durch den Digitalisierungsprozess zunächst neue Arbeitsplätze geschaffen. Synergieeffekte sind voraussichtlich erst in einigen Jahren zu erwarten.

KTA Wedekind erkundigt sich nach einer Geschäftsprozessdatenbank, auf die die Kommunen untereinander zugreifen und eigene Anpassungen für sich vornehmen können. **Herr Friehe** bestätigt, dass durch eine Zusammenarbeit mit der Firma PICTURE GmbH eine

gemeinschaftliche Datenbank vorhanden sei, in der alle beschriebenen Prozesse der Kommunen abgelegt werden. Auf diese Prozesse können die Kommunen zugreifen und sich gegenseitig austauschen.

Abschließend bedankt sich **KTA Busse** bei **RL Friehe**.

7. Mitteilung über das Ergebnis der überörtlichen Prüfung der Unteren Waffenbehörde durch den Landesrechnungshof Niedersachsen

Vorlage: 2025/114 zur Kenntnis genommen

EKRin Conrady erläutert ergänzend zum Bericht des Landesrechnungshof Niedersachsen, dass die Untere Waffenbehörde des Landkreises Peine insgesamt gut aufgestellt sei. In Bezug auf die Aufgabenerledigung liegt der Landkreis Peine personell im Mittelfeld.

In einigen Punkten gibt es jedoch auch noch Nachholbedarf. Hierbei wird u.a. die Entladungsstation genannt, die nicht in der richtigen Form vorgehalten, mittlerweile aber entsprechend beschafft wurde.

Weiterer Nachholbedarf wird auch bei den Waffenkontrollen gesehen, die durch die Corona-Pandemie und eine unbesetzte Stelle zurückgegangen sind. Die Anzahl an Kontrollen wird aktuell wieder hochgefahren. Hinsichtlich der Verwertung von Waffen hat der Landesrechnungshof angemerkt, dass eingezogene Waffen weiterverkauft werden könnten. **EKRin Conrady** erläutert, dass diese Waffen in der Regel schon im Vorfeld nicht am Markt verkäuflich waren und daher wenig verwertbar sind. Außerdem soll durch den Entzug von Waffen aus dem Umlauf für mehr Sicherheit gesorgt werden.

Letztlich erklärt **EKRin Conrady** in Bezug auf die Gebührentatbestände, dass tatsächlich momentan einer der drei Gebührentatbestände nicht erhoben wird. Hier erfolgt jedoch momentan eine entsprechende Überprüfung und Anpassung.

Herr Matuszewski-Komoll kritisiert mehrmals die niedrigen Gebühren bzw. die Nichterhebung der Gebühren sowie die unregelmäßigen Waffenkontrollen und bittet um Überprüfung.

EKRin Conrady verweist erneut auf die aktuell laufende Prüfung und Anpassung der Gebührentatbestände.

8. Erhebungsbericht des Niedersächsischen Landesrechnungshofes zu den Investitionsrückständen

Vorlage: 2025/109 zur Kenntnis genommen

FDL Heinisch erläutert, dass die Investitionsrückstände regelmäßig alle paar Jahre vom Niedersächsischen Landesrechnungshof erhoben werden. Der daraus hervorgehende Bericht spiegelt die Haushaltslage der Kommunen wieder. Die Investitionsrückstände steigen an und die Kommunen haben keine ausreichenden finanziellen Mittel zur Verfügung. Der Bericht geht nur allgemein auf die Finanzsituation ein, so dass für Peine keine spezifischen Zahlen oder Handlungsanweisungen zu entnehmen sind. Aufgrund dessen stellt **FDL Heinisch** die gemeldeten Investitionsrückstände des Landkreises Peine vor. Im Bereich der Schulträgeraufgaben liegt der Investitionsrückstand bei 57 Millionen Euro und im Bereich Förderung von Sportstätten bei 19 Millionen Euro.

KTA Wilke erkundigt sich nach Möglichkeiten zur Bewältigung der Investitionsrückstände

des Landkreises Peine.

FDL Heinisch erwidert, dass bei dem Volumen an Investitionsrückständen lediglich Prioritäten gesetzt werden können. Dies geschieht durch die Investitionspläne im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung.

EKRin Conrady verweist ergänzend darauf hin, dass Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden müssen, aber auch das entsprechende Personal in der Verwaltung vorhanden sein muss. Eine schnelle Beseitigung der Investitionsrückstände sei demnach aktuell nicht zu erwarten. Trotz des defizitären Haushaltes, soll insbesondere in den Bereichen Straßen und Schulbauten weiter investiert werden, da ansonsten zukünftig größere Kosten auf die Verwaltung zukommen werden.

9. Beitritt zum Microsoft Enterprise Agreement Rahmenvertrag **Vorlage: 2025/110 ungeändert beschlossen**

EKRin Conrady verweist auf die Vorlage. Der aktuelle Microsoft Enterprise Agreement Rahmenvertrag läuft aus. Momentan können dadurch über die HannIT Lizenzen ausschreibungsfrei beschafft werden. Um daher die Lizenzen weiterhin mit weniger Aufwand beschaffen zu können, ist es notwendig, dem Vertrag erneut über die HannIT beizutreten. Alternativen zu den Microsoft-Lizenzen gäbe es nicht, da viele Fachverfahren sowie Schnittstellen Microsoft-basiert sind. Auch werden die Kosten für die Beschaffung der Lizenzen nicht günstiger, da diese jährlich neu erworben werden müssen und einen erheblichen Kostenfaktor darstellen. Diese Investition ist für die Digitalisierung der Verwaltung jedoch zwingend notwendig, aber durch den Rahmenvertrag mit der HannIT deutlich einfacher.

Beschlussempfehlung:

Dem Beitritt zum Microsoft Enterprise Agreement Rahmenvertrag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 0

10. 1. Nachtragshaushalt 2025

Vorlage: 2025/137 ungeändert beschlossen

FDL Heinisch erläutert den Entschluss, einen Nachtragshaushalt für 2025 aufzulegen. Der letzte Nachtragshaushalt wurde für 2019 beschlossen. Grund für diesen Entschluss sei, dass bei der ursprünglichen Haushaltsplanung von den Orientierungsdaten hinsichtlich der Schlüsselzuweisungen aus dem Sommer 2024 ausgegangen wurde. Es stellte sich heraus, dass die Planzahlen deutlich höher, als die im März 2025 veröffentlichten tatsächlichen Zahlen waren. Dies habe auch Auswirkungen auf die Kreisumlage, da Schlüsselzuweisungen kreisumlagefähig sind. Letztendlich fehlen über 8 Millionen Euro gegenüber der Planung. Zudem zeichne sich ab, dass diese Summe in diesem Jahr nicht abgefangen werden kann.

werden. Er schlägt daher vor, dass der Fehlbetrag auch für 2024 nicht mit den Gewinnrücklagen verrechnet wird, sondern dieser als Sonderposition in der Bilanz ausgewiesen wird. Folglich stehen die Gewinnrücklagen im fiktiven Haushaltsausgleich für zukünftige Jahre zur Verfügung.

a) Beschlussempfehlung:

Der Jahresabschluss 2024 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 0

b) Beschlussempfehlung:

Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses des Jahres 2024 in Höhe von 154.467,99 Euro wird mit dem Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 18.143.949,31 Euro verrechnet. Der verbleibende Gesamtfehlbetrag in Höhe von 17.989.481,32 Euro ist gem. §182 Abs. 5 i.V.m. Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 NKomVG zum 31.12.2025 auf der Passivseite der Bilanz gesondert auszuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 0

c) Beschlussempfehlung:

Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2024 Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Ja-Stimmen: 9 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung/en: 0

12. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"

Vorlage: 2025/115 zur Kenntnis genommen

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen.

Der Produktbericht wird zur Kenntnis genommen.

13. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Budget "Landrat und Stabsstellen"

Vorlage: 2025/116 zur Kenntnis genommen

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen.

Der Produktbericht wird zur Kenntnis genommen.

14. Produktbericht Jahresabschluss 2024 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmittel"

Vorlage: 2025/117 zur Kenntnis genommen

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen.

Der Produktbericht wird zur Kenntnis genommen.

15. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Dezernat "Zentrale Verwaltung, Ordnung, Recht" ohne Fachdienst "Schule, Kultur und Sport"

Vorlage: 2025/127 zur Kenntnis genommen

EKRin Conrady verweist auf die Vorlage. Die geringeren Personalaufwendungen im Produkt 11123 „Ausbildung“ sind durch die nicht besetzten Ausbildungsplätze begründet. Es liegen genug Bewerbungen vor, dennoch sind die Testergebnisse aufgrund von fehlenden elementaren Kenntnissen schlecht ausgefallen. Folglich können in diesem Jahr zwei Stellen für Verwaltungsfachangestellte, drei Stellen für Kreisinspektoranwärter/-innen sowie eine Stelle für Bauinspektoren nicht besetzt werden.

KTA Wilke erkundigt sich, ob der Landkreis Peine auch intern im Rahmen des Angestelltenlehrgangs 2 Personal ausbildet.

EKRin Conrady erwidert, dass der Angestelltenlehrgang 2 regelmäßig angeboten wird, um Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Möglichkeit zu geben, sich weiterzubilden. **KTA Wilke** fragt, ob die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die am Angestelltenlehrgang 2 teilnehmen wollen, in einem Test ihre Qualifikation nachweisen müssen.

EKRin Conrady erklärt, dass durch die hohe Anzahl an Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Auswahlverfahren in Form eines Tests durchgeführt wird.

KTA Wilke erkundigt sich weiterhin, ob in diesem Jahr gar keine Kreisinspektoranwärter/-innen am Landkreis Peine ausgebildet werden. **EKRin Conrady** erwidert, dass ein Kreisinspektoranwärter zum 01.08.2025 eingestellt wurde. Auch die Stadt Peine habe in diesem Jahr nur einen Anwärter.

Gemeinsame Treffen mit den Auszubildenden der Stadt und der Gemeinden dienen zur Vernetzung untereinander.

KTA Wedekind erkundigt sich nach den Bewerberzahlen für Verwaltungsfachangestellte sowie für den gehobenen Dienst.

EKRin Conrady erwidert, dass ihr die aktuellen Bewerberzahlen für dieses Jahr nicht vorliegen, diese aber für das Protokoll nachgereicht werden.

Eine Nachfrage im Fachdienst Personal und Service hat ergeben, dass zum Ausbildungsbeginn 01.08.2024 89 Bewerbungen für Verwaltungsfachangestellte und 38 Bewerbungen für Kreisinspektoranwärter/-innen vorlagen. Zum Ausbildungsbeginn

01.08.2025 lagen 138 Bewerbungen für Verwaltungsfachangestellte und 35 Bewerbungen für Kreisinspektoranwärter/-innen vor.

16. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Budget "Landrat und Stabsstellen"
Vorlage: 2025/128 zur Kenntnis genommen

KTA Wilke erkundigt sich nach dem Stand der Stellenausschreibung für die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten.

EKRin Conrady erläutert, dass knapp 50 Bewerbungen eingegangen sind. Das Anforderungsprofil haben 7 Bewerberinnen gänzlich erfüllt. Einige Bewerberinnen verfügen über einen der geforderten Studienabschlüsse, aber erfüllen die weiteren Voraussetzungen nicht. **EKRin Conrady** weist daraufhin, dass eine anonymisierte Liste der Bewerberinnen dem Kreistag zur Verfügung gestellt wird. Darüber hinaus kann auch Einsicht durch KTA in die Bewerbungen genommen werden.

17. Produktbericht Stand 30. Juni 2025 für das Budget "Allgemeine Finanzierungsmit-
tel"
Vorlage: 2025/129 zur Kenntnis genommen

Es gibt keine Anfragen oder Anmerkungen.

Der Produktbericht wird zur Kenntnis genommen.

18. Informationen der Verwaltung
Vorlage:

EKRin Conrady weist darauf hin, dass am 01.10.2025 der Haushalt in den Kreistag eingebracht wird. Ein Termin mit den Fraktionen zur Vorberatung in Bezug auf den Umgang mit dem Haushalt ist bereits vereinbart. Aufgrund der späten Herbstferien und dem Ziel, den Haushalt im Dezember zu beschließen, wurde dieser frühe Zeitpunkt gewählt.

19. Anfragen und Anregungen
Vorlage:

KTA van Leeuwen erkundigt sich nach dem Stand der erhöhten Gebühren für die Feuerwehren der Kommunen, da einige Gemeinden mit den neuen Gebühren nicht

einverstanden seien.

EKRin Conrady erklärt, dass bereits der Hinweis aus der Politik gekommen sei, dass die Ortsfeuerwehren, die neue Gebührenordnung als zu teuer ansehen. Sie erläutert, dass eine allgemeine Gebührenerhöhung durch die vorgeschriebene häufigere Reinigung von beispielweise Atemschutzgeräten begründet wird. Die Gebühren wurden zudem lange nicht angepasst. Außerdem wurde dies auf der letzten Bürgermeisterdienstbesprechung angesprochen und die Bürgermeisterin und die Bürgermeister haben bestätigt, dass die neuen Gebühren mit den Gemeinden abgesprochen sind.

KTA van Leeuwen bedankt sich bei **EKRin Conrady** für die Ausführung.

Ausschussvorsitzender KTA Busse merkt an, dass er als Ausschussvorsitzender in Wendeburg auch mitbekommen habe, dass die neue Gebührenordnung auf der Ebene der Ortsbrandmeister in mehreren Gemeinden nicht wirklich bekannt war.

EKRin Conrady erwidert, dass diverse Gespräche mit den Ordnungsamtsleitungen der Gemeinden geführt wurden. Die Gemeinden und die Stadt haben ebenfalls die Mitteilung und den Entwurf erhalten, bevor dieser in die Politik ging. Auch die Bestätigung von Herrn Ernst und der Bürgermeisterin und den Bürgermeistern habe der Landkreis Peine erhalten.

KTA Schmidt erkundigt sich, wer entsprechende Änderungen in der Sireneninfrastruktur veranlasst und wer die Standorte der Sirenen in den einzelnen Ortschaften festlegt.

EKRin Conrady erwidert, dass die Frage an den entsprechenden Fachdienst weitergeleitet und dem Protokoll beigefügt wird.

Eine Nachfrage im Fachdienst Ordnungswesen hat Folgendes ergeben:

Die Änderungen werden vom Fachdienst Ordnungswesen veranlasst. Die Änderungen erfolgen in Absprache mit der ausführenden Baufirma, dem Fachplaner, den Gemeinden und der Stadt. Die Standortänderungen haben verschiedene Hintergründe. Die Ursprungsplanung stammt aus dem Jahr 2022 und wurde mit einem Fachplaner für die Erstellung einer Leistungsbeschreibung erstellt. Vorgabe war zu dieser Zeit, dass öffentliche Gebäude und Stellen für die Sirenenstandorte genutzt werden. Dieses Vorhaben war jedoch nicht in allen Ortschaften möglich, sodass auf Privateigentümer zugegangen werden musste. Nach dem Vergabeverfahren und vor der Bauphase wird sich von der ausführenden Baufirma jeder Standort und die Möglichkeit der Umsetzung in Augenschein genommen. In Zusammenarbeit mit dem Fachplanungsbüro wurden teilweise Standorte nochmals optimiert und Maststandorte durch kostengünstigere Gebäudestandorte ersetzt.

Zudem haben sich teilweise Privateigentümer gegen eine Sirene auf Ihrem Gebäude entschieden. Auch sind die Gemeinden und die Stadt auf den Landkreis zugekommen und haben mitgeteilt, welche Standorte nicht mehr zur Verfügung stehen. Für alle Änderungen mussten Alternativen gefunden werden.

Die Änderungen werden alle mit dem Fachplaner und der ausführenden Baufirma abgestimmt. Die flächendeckende Warnung der Bevölkerung hat oberste Priorität und wird durch die Änderungen nicht gefährdet. Der Lageplan mit den entsprechenden Schallradien wird regelmäßig aktualisiert.

Herr Matuszewski-Komoll erkundigt sich, ob es möglich sei, dass die Bürger den Landkreis Peine zusätzlich mitfinanzieren können, indem sie sich an Kosten von aufgenommenen Krediten beteiligen.

FDL Heinisch erwidert, dass dies nicht möglich ist. Bei Aufnahmen von Krediten müssen Ausschreibungen getätigt werden und auch Vorgaben über Tilgungsraten und

Kreditlaufzeiten sind einzuhalten. Demnach sei eine Finanzierung über Bürgermodelle nicht möglich.

EKRin Conrady verweist ergänzend auf die hohen Kosten, die bei Kreditaufnahmen in der heutigen Zeit entstehen. Zudem sind die Konditionen der öffentlichen Träger nicht mit denen der Privatwirtschaft vergleichbar, da der Staat nicht in die Insolvenz gehen kann.

Ausschussvorsitzender **KTA Busse** beendet um **18.07 Uhr** die Sitzung.

Björn Busse
Ausschussvorsitzender

Lena Fornfett-Scheffler
Protokollführerin

Bettina Conrady
Erste Kreisrätin